

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenvornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 66

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Restante 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Donnerstag, den 19. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für einige Leser.

* Das Reichskabinett beabsichtigt, sich unverzüglich über die neuen Aufwertungsbestimmungen einig zu werden.

* Der Bayerische Bauernbund hat den früheren Reichsminister Professor Jehr als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

* Die Deutsch-hannoversche Partei fordert ihre Wähler auf, weder für Dr. Jarres noch für den sozialdemokratischen Kandidaten Braun bei der Präsidentschaftswahl zu stimmen.

* Nach Meldungen aus Paris und London herrscht Übereinstimmung darin, daß ein Sicherheitspakt nicht abgeschlossen werde, ehe nicht Deutschland dem Völkerbunde beigetreten sei.

* Der tschechoslowakische Außenminister Benesch hat in Paris angeregt, gleichsam einen Sicherheitsbund der Weststaaten mit Einschluß Deutschlands und ein Gegengewicht durch Einigung der Oststaaten mit Einschluß Österreichs zu bilden.

Das begrabene Protokoll.

Nun hat man in Genf monatlang beraten über die Art und Weise, wie man den Krieg ganz und gar und endgültig und unbedingt aus der Welt schaffen soll. Herriot hat darüber im September vorigen Jahres eine wunderschöne Rede gehalten und MacDonald, sein damaliger Kollege als englischer Ministerpräsident, eine noch viel schönere. Man hatte in Genf mit heißem Bemühen studiert, wie man jeden überwältigen könnte, militärisch, wirtschaftlich, finanziell, der es wagen wollte, den Frieden der Welt zu fördern. Und nun erklärt derselbe Herriot dem englischen Außenminister Chamberlain, daß man dem Protokoll von Genf keine Träne in Frankreich nachweine. Aber er unterscheidet sich doch noch etwas von Herrn Chamberlain; der hat nämlich erklärt, daß „England auf das Grab des Protokolls einige Tränen haben lassen“. Aber er hat auch hinzugefügt, daß England sich für die Oligarchen Deutschlands nicht interessiere, sogar dazu bereit sei, zu unterwerfen, ob der Friede Europas durch neue Abmachungen gesichert werden kann. Allerhand Gerüchte kursieren über den Inhalt dieser Unterredung zwischen den Engländern und den Franzosen, die mehr oder weniger richtig sein mögen. Das eine aber steht zweifellos fest: man verlangt von Deutschland jetzt den uneingeschränkten Eintritt in den Völkerbund, ehe man überhaupt daran denken wolle, uns als Teilhaber bei irgendeinem der beabsichtigten Sicherheitsabkommen heranzuziehen. Das gilt entsprechend auch für die Stellungnahme der Entente gegenüber dem deutschen Vorschlag selbst. Der ist damit vorläufig also auf die lange Bank geschoben; denn selbst, wenn wir bereit wären, unser Eintrittsgesuch an den Völkerbund zu richten, wird ja die Behandlung dieser Bitte frühestens im Sommer dieses Jahres erfolgen. Ganz klar und ohne jede Einschränkung hat Chamberlain französischen Pressevertretern gegenüber erklärt, daß Deutschland erst unter den üblichen Vorschriften dem Völkerbunde beizutreten hat, ehe man mit uns einen Vertrag abschließen will. Und da erst im September eine Hauptversammlung des Völkerbundes stattfinden soll, so hofft man, bis dahin über das Sicherheitsproblem einen Ausgleich und eine Verständigungsformel zu finden.

Mit auffallender Schärfe wird in der amtlichen Erklärung über die Konferenz der beiden Minister auch die sozusagen östliche Seite des europäischen Sicherheitsproblems berührt. Also die Frage der Garantierung jener Grenzen, die der Versailler Vertrag zwischen Deutschland auf der einen, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite festgelegt hat. Das ist umso bemerkenswerter angesichts der Tatsache, daß man in Polen wohl nicht ganz mit Unrecht eine englische Uninteressiertheit an diesen Fragen annimmt. Schließlich kann man es England auch nicht zumuten, sich für jene beiden Staaten allzu heftig einzusetzen, die doch in weitgehender militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Abhängigkeit von Frankreich sind. In der Erklärung über die Ministerkonferenz wird über die Oligarchen gesagt, daß sie doch durch den Versailler Friedensvertrag selbst garantiert seien, daß Frankreich niemals die Absicht gehabt habe, Polen zu irgendwelchem Verzicht zu veranlassen. Grenzberichtigungen seien demnach nur möglich bei Einstimmigkeit des gesamten Völkerbundes und diese Einstimmigkeit sei doch wirklich in keiner Weise wahrscheinlich, ein Satz, den wir in Deutschland allerdings auch für absolut richtig halten, weil wir wissen, daß wir Frankreich und Polen bei deutschen Wünschen nach Grenzberichtigungen im Osten immer zu Gegnern haben werden. Daher werden alle deutschen dahin abzielenden Wünsche von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt, sobald wir durch den Eintritt in den Völkerbund uns zur Innehaltung seines Statuts freiwillig von neuem verpflichten.

Die Geschichte wird aber immer komplizierter. Auf der einen Seite steht immer noch der Wunsch Amerikas wie eine drohende Mahnung da, im Laufe dieses Jahres wieder einmal eine Abrüstungskonferenz zu halten, ein Wunsch, dem Amerika durch einen mehr oder weniger deutlichen Hinweis auf die interalliierten Schulden ein schweres Gewicht zu verschaffen in der Lage ist. Und weiter spult in Paris jetzt auch wieder Herr Benesch, der tschechoslowakische Ministerpräsident, herum. Der will nun gar zwei Sicherheitsabkommen haben, nämlich ein westliches, also England, Frankreich, Italien, Belgien, und ein östliches, also nicht mehr ein allgemein europäisches, sondern zwei regionale Abkommen. Beiden soll dann — aber erst nach Eintritt in den Völkerbund — auch Deutschland beitreten dürfen. Für diese beiden Mächtegruppen soll dann in Genf nach dem Muster des Sicherheitsprotokolls ein neues Auswärtigkeitsinstrument militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Art geschaffen werden, das im Falle eines drohenden Krieges zur Durchführung abzurufen werden soll.

...vielleicht wäre dann jeder Versuch Deutschlands von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt, auch auf dem Verhandlungswege irgendwelche Abänderung in den Grenzbeziehungen im Osten herbeizuführen. Denn selbstverständlich ist auch hier wieder der Versailler Vertrag die Grundlage, auf der sich diese regionalen Abkommen aufbauen haben. Uns kann es also schließlich gleichgültig sein, in welcher Form die Bestimmungen des Versailler Friedens durch ein oder mehrere Abkommen dieser Art vertieft werden. Immer richten sie ihre Spitze gegen Deutschland, und gegen jeden deutschen Versuch, das so feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das deutsche Volk in Anspruch zu nehmen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Kabinettsberatungen über die Aufwertung.

Das Reichskabinett beabsichtigt, am Mittwoch über die neuen Aufwertungsbestimmungen sich endgültig schlüssig zu werden. Der Aufwertungsausschuss, der am Donnerstag zusammentritt, wird dann Gelegenheit haben, diesen Gesetzentwurf zur Grundlage seiner Beratungen zu machen.

Das Vierteljahrsgehalt der Beamten.

Die vierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten soll nach einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages mit tunlichster Beschleunigung wieder eingeführt werden. Als spätester Termin hierfür wurde vom Ausschuss der 1. Oktober 1925 bezeichnet.

Abschluß eines deutsch-finnischen Schiedsvertrages.

Zwischen Deutschland und Finnland ist ein Schiedsvertrag abgeschlossen worden. Er regelt die friedliche Austragung aller Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern. Verträge derselben Art sollen nach dem deutschen Sicherheitsvorschlag auch mit den östlichen Nachbarstaaten abgeschlossen werden. Politische Streitfälle werden einem Vergleichsverfahren überwiesen, das nach dem Muster der von dem früheren amerikanischen Staatssekretär Bryan angeregten Verfahren gestaltet ist.

Die preussische Regierungstreue.

Ministerpräsident Marx verhandelte erneut mit der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen über die Regierungsbildung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Besonders haben die Deutschnationalen ihren ablehnenden Standpunkt dargelegt und erklärt, daß sie eine Kabinettsbildung durch Marx ablehnen müßten, da er Präsidentschaftskandidat sei. Die Verhandlungen nach verschiedenen Seiten gehen weiter. Von einer Seite wird mitgeteilt, daß die Kandidatur des Landeshauptmanns Horiön für die Ministerpräsidentschaft erneut erwogen werde.

Neue Vorschriften für die Landwirtschaftskammerwahlen.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat eine Verordnung zur Änderung der bisher geltenden Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern erlassen. In Zukunft kann in den Fällen, in denen nur ein Wahlvorschlag eingereicht wird, von der Aufstellung der Wählerlisten und deren Auslegung abgesehen werden. Die Bescheinigung über die Aufnahme in die Wählerlisten soll durch eine Bescheinigung über die Wahlberechtigung der Vorschlagenden und die Wahlbarkeit der Vorschlagenden ersetzt werden. — Die Wahlhandlung ist auf die Zeit von 9 bis 3 Uhr beschränkt, um Klagen über eine zu lange Dauer der Wahlhandlung bei der im allgemeinen geringen Zahl der Wähler zu beseitigen.

Finanzschwierigkeiten in Bayern.

Im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages äußerte Finanzminister Dr. Krausnick ernste Besorgnisse wegen der bayerischen Finanzlage. Im Jahre 1925 sei mit der vollen Auswirkung der Gehaltsbestimmungen für Staatsbeamte vom 1. Dezember 1924 an zu rechnen, die für 1925 an Gehältern und Pensionen gegen 1924 einen Mehrbetrag von 25 Millionen Mark ergeben werde. Es sei zwar durchgesetzt, daß Bayern in dem bisherigen Verhältnis an den Reichssteuern beteiligt bleibe. Ein Fehlbetrag sei nicht zu vermeiden, wenn der Steuerertrag nicht mehr als bisher einbringen werde. Bayern müßte daher nicht nur die Steuern soweit wie möglich einsparen, sondern auch die größte Sparsamkeit üben.

Beratungen über die Grundvermögenssteuer.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit der Verlängerung des preussischen Grundvermögenssteuergesetzes bis zum 31. März 1926. Finanzminister Dr. Köppler-Maschke setzte sich für eine einjährige Verlängerung ohne Veränderung der bisherigen Bestimmungen ein. Eine Deutschnationale Entschliebung, die die monatliche Zahlung der Grundvermögenssteuer bei den landwirtschaftlichen Grundstücken in eine vierteljährliche umwandeln will, wurde angenommen.

Das Ende der Wirtschaftsgemeinschaft in Lübeck.

Als Folge der Unstimmigkeiten bei der Abstimmung über die Senatsvorlage über die Verkleinerung des Senats ist die Wirtschaftsgemeinschaft als Fraktion aufgelöst worden. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale bilden wieder eigene Fraktionen. Die Deutsche Volkspartei, der als Hospitant ein Zentrumsmittglied und ein ehemaliges demokratisches Mitglied angehört, umfaßt 14, die Deutschnationale Volkspartei 8 Mitglieder.

Robert Schmidt vor dem Barmat-Ausschuss

Berlin, 17. März.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die Barmat-Affäre wurde heute der frühere Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vernommen. Der Zeuge bestritt energisch, Barmat aus Parteifreundschaft bei dem Abschluß von Geschäften besonders berücksichtigt zu haben. Er sei mit Barmat im ganzen nur dreimal zusammengekommen, und zwar immer nur amtlich, niemals im persönlichen Verkehr. Barmat sei in jener Zeit der deutschen Lebensmittelknappheit sozusagen eine Notwendigkeit gewesen: man habe mit solchen Leuten Geschäfte machen müssen, wenn man überhaupt Lebensmittel haben wollte. Und Barmat habe damals durchaus seinen schlechten Eindruck gemacht. England habe ihn auf die schwarze Liste gesetzt gehabt, aber gerade mit solchen Leuten, die von der Entente angefeindet worden seien, habe Deutschland damals in Verbindung treten müssen. Im übrigen habe er auch bis heute noch nichts Schlechtes über den Barmat von damals erfahren. Heftige Kritik richtet Schmidt gegen die damalige deutsche Gesandtschaft im Haag, die, mit Ausnahme des Gesandten Dr. Rosen selbst, ihrer Aufgabe, Deutschland in der Zeit der Lebensmittelnot zu helfen, nicht gewachsen und durchaus bürokratisch eingestellt gewesen sei. Der Zeuge betonte zuletzt noch einmal mit großer Entschiedenheit, daß er mit Barmat nur amtlich zu tun gehabt, niemals an Barmatschen Festessen teilgenommen und niemals von Barmat Geschenke oder ein Darlehn erhalten habe.

Henry Barmat bleibt in Haft.

Die Nachricht, daß Henry Barmat aus der Haft entlassen worden sei, hat sich als falsch erwiesen. Gleich dem Bruder Julius bleibt auch Henry Barmat weiter in Haft. Dagegen ist der in die Affäre verwickelte Ministerialrat Kuntz fest bedingungslos enthaftet worden. Eine Kaution von 50 000 Goldmark, die er hinterlegt hatte, wurde ihm zurückgegeben.

Frankreich.

X Der Schulkreis im Elsaß. Die durch den elssässischen Erzbischof auch an die Eltern der schulpflichtigen Kinder ergangene Aufforderung zum Schulkreis ist zum größten Teil in den elssässischen Schulen durchgeführt. In den Schulen der kleinen Ortschaften sind ungefähr 60 % der Kinder zum Unterricht nicht erschienen. In der engeren Umgebung von Städten beträgt die Zahl der Streikenden infolge des geringeren klerikalen Einflusses nur 25 % und endlich in den Städten selbst nur 15 bis 20 % der Kinder dem Unterricht ferngeblieben.

Aus In- und Ausland.

München. Der Hansabund hat in München einstimmig beschlossen, die bayerischen Landesverbände Nord und Süd zu einem bayerischen Gesamtverbande mit dem Sitz in Nürnberg zu vereinigen.

München. Der bürgerliche Rechtsblock in Bayern nahm nach einem Bericht des ersten Vorsitzenden Dr. Buttman einen Antrag an, den Verein aufzulösen, da die bürgerliche Bewegung in der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei unter Hitlers Führung ihre stärkste Kraft entfalten könne.

München. Die Geschäftsabwicklung der bayerischen Girozentrale, die Kredite von mehreren Millionen Mark ausgeben hat, ohne daß hierfür die notwendige Deckung vorhanden war, wurde im Wirtschaftsausschuss des Landtages einer lebhaften Kritik unterzogen. Die Angelegenheit soll weiter geklärt werden.

London. Eine Neumeldung aus Tokio berichtet, daß die Gesetzesvorlage, wonach das Recht des Landbesitzes jedem ausländischen Ausländer oder einer Körperschaft von Ausländern verliehen werden kann, mit Ausnahme jener Staatsangehörigen, deren Staaten nicht die entsprechenden Rechte an Japaner verleihen, im japanischen Oberhaus angenommen worden ist.

Madrid. Die frühere Kaiserin Zita von Österreich-Ungarn ist erkrankt und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Newyork. Der Senat lehnte wieder den Antrag Coolidges, Warren zum Generalstaatsanwalt zu ernennen, ab.

Deutscher Reichstag.

(36. Sitzung.)

OB. Berlin, 17. März.

Präsident Lübe gedachte zunächst des plötzlichen Ablebens der Abgeordneten Frau Dransfeld (Ztr.), die eine der ersten Frauen gewesen sei, die in die deutschen Parlamente eingetreten sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob der Kommunist Roenen Einspruch gegen die Vorgänge in Halle und Reutlingen, wo Arbeiterblut geflossen sei. Das sei eine ungeheuerliche Einleitung zum Präsidentschaftswahlkampf. Der Redner forderte sofortige Behandlung eines Antrages, der die Wahlfreiheit sichert und die Regierung auffordert, die schuldigen Beamten ihres Dienstes zu entheben. Gegen die sofortige Behandlung dieser Anträge wurde Widerspruch erhoben. Die Genehmigung zur Vernehmung der Abg. Dr. David (Soz.), Dittmann (Soz.), Fehrenbach (Ztr.), Giesberts (Ztr.), Scheidemann (Soz.) und Weis (Soz.) als Zeugen in der Straffache gegen den Meisbacher Anzeiger wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten wurde erteilt. Dagegen wurde die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Straßer (Nationalsoz.), Buchmann (Komm.), Henning (Nationalsoz.) nicht erteilt. Das Kabinettsabgesetz wurde ohne Aussprache in 1. und 2. Lesung angenommen. Es folgte die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über Zulassungssteuerung der

Renten in der Angestelltenversicherung.

Abg. Lambach (Dtn.) lehnte die sozialdemokratischen Wünsche auf Verschmelzung dieser Versicherung mit den anderen Versicherungen ab. Die Angestelltenversicherung müsse aufrechterhalten bleiben. Nach der Erklärung der Regierung dürfe man im April auf eine Vorlage zur Revision des Angestelltenversicherungsgesetzes rechnen. Deshalb wünsche er jetzt nicht einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesetz durch ein Initiativgesetz des Reichstages zu ändern.

Abg. Koch (Soz.) meinte, durch die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung wolle die Sozialdemokratie die erstere gerade verbessern. Der Krieg habe die ganze Angestelltenversicherung über den Haufen geworfen, und deshalb wollten seine Freunde den Angestellten jetzt wieder zu ihrem Rechte verhelfen. Bei dem armerica Einkommen

ronnten die Angestellten nicht die hohen Beiträge für die Kapitalanleihe tragen.

Nachdem dann Abg. Schneider-Verein (Dem.) im wesentlichen einen Antrag begründet hatte, der eine Heraushebung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht und anderweitige Regelung der Rentenversicherung forderte, wurde das Gesetz in 2. und darauf auch in 3. Lesung unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge in der Ausschussfassung angenommen.

Abg. Koenen (Komm.) versuchte erneut, eine Besprechung der Vorgänge in Halle und Neukölln herbeizuführen, was aber bei dem Widerpruch aus dem Hause wieder scheiterte. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des

Staats des Reichsjustizministeriums

fort. Abg. Brodau (Dem.) bedauerte die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Das zeige sich besonders in der ungeheuren Zahl von Verleumdungsprozessen. Geradezu erschütternd sei es gewesen, als im Nothard-Prozess in Magdeburg ein Beamter des Reichspräsidenten mitteilen mußte, daß dieser der Verleumdung der 143. Verleumdungsprozeß sei, den der Reichspräsident führen mußte. Die Aufhebung des Republikstimmgesetzes und des Staatsgerichtshofes sei noch nicht möglich. Die Behauptung eines deutschen Nationalen Redners, der Eintritt in den republikanischen Richterbund sei Gesinnungslumperei, sei typisch für die Vergiftung der politischen Atmosphäre. Eine Reform des Ehegesetzbuchs sei unbedingt erforderlich.

Abg. Dr. Pfeiffer (Bayer. Vp.) bat, den deutschen Juristen die Möglichkeit zu geben, durch Studienreisen im Ausland sich über ausländisches Recht zu unterrichten. Der Redner lehnte dann eine Trennung des Patentamtes vom Justizministerium ab. Er bedauerte die politische Verhinderung, durch die das deutsche Volk auseinandergerissen werde. Der Redner warnte weiter vor einer Erleichterung der Ehegesetzbuchgesetze. Lebenshaft zu begreifen sei die gemeinsame Arbeit an einem Strafgesetzbuch mit Österreich. Die Aufwertung dürfte kein Alibi werden.

Abg. Dr. Fritsch-München (Nationalsoz.) führte Beschwerde über die Unterdrückung der völkischen Bewegung durch den preussischen Minister Seebert und die bayerische Regierung. Zum Schluß polemisierte der Redner gegen das Republikstimmgesetz und den Staatsgerichtshof.

Die Beratung des Justizetats wurde in der Sitzung zu Ende geführt.

Vom Wahlkampf.

† Ausführungsbestimmungen zur neuen Wahlordnung. Das vom Reichstag angenommene Initiativgesetz über die Änderung des Präsidentenwahlgesetzes, das die Einführung des amtlichen Stimmzettels brachte und im Zusammenhang damit Wahlvorschlüsse einführte, machte noch Ausführungsbestimmungen erforderlich, die vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichstages in der zweiten Lesung verabschiedet wurden. Die Verordnung bringt nähere Bestimmungen über den Inhalt der Wahlvorschlüsse und ihre Zulassung. In jedem Wahlvorschlag soll der Anwärter mit Vor- und Zunamen angeführt und Stand oder Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über seine Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Reichswahlleiter Erklärungen abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Die sonstigen Bestimmungen der Reichstimmordnung über die Durchführung der Präsidentenwahl wurden der neuen Gesetzesänderung angepaßt.

† Professor Fehr siebenter Präsidentenkandidat. Der Bayerische Bauernbund hat beschlossen, den bayerischen Landwirtschaftsminister und früheren Reichsminister Fehr als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl in Bayern aufzustellen.

† Stellungnahme der Deutsch-Hannoveraner. Das Direktorium der Deutsch-Hannoverschen Partei hat ihren Parteimitgliedern die „Wahl am 29. März nach eigenem Gewissen“ überlassen, da „die aufgestellten Kandidaten es der Partei unmöglich machen, einen von ihnen zur Wahl zu empfehlen“. Das Organ der Partei, die Hannover-Landeszeitung, wendet sich gegen Farres, der das Rheinland „versacken“ lassen wollte, und gegen den „Großpreußen“ Braun.

† Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei erklärt einen längeren Wahlaufsatz, der alle Wähler und Wählerinnen auffordert, am 29. März die Stimme bei der Reichspräsidentenwahl dem sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun zu geben.

Die drei schönen Bernhaufens.

Roman von Fr. Lehne.

49) (Nachdruck verboten.)

„Glück!“ Ihre feinen Lippen preßten sich schmerzhaft zusammen, ein verlorenener Ausdruck trat in ihre Augen.

Sie schreckte auf, als Annelies jetzt eifrig sagte: „Ach, das ist ja alles nicht schlimm! Grämt euch doch nicht! Wenn ich erst verheiratet bin, dann hat's keine Not! Mein Fritz hat schon gesagt, ihr beide müßt uns immer besuchen.“

„Was würde Frau Kiefling dazu sagen, da du noch nicht einmal eine nach ihren Begriffen anständige Aussteuer bekommen wirst!“

„Sie muß zufrieden sein, wenn Fritz es ist — und der ist es! Ihr braucht euch wirklich nicht so viele Gedanken zu machen.“

„Liebste Annelies, ich will aber nicht abhängig sein von Schwagers Gnaden — begreift du das nicht? — Schreib jetzt an deinen Fritz und grüße ihn von mir. Ich werde inzwischen zu Thora gehen, die mich schon erwartet.“

Frau Kommerzienrat Hofmann hatte bereits ungeduldig nach der Schwester gesehnt. Voller Freude eilte sie ihr entgegen, als die hohe Gestalt Giselas die Freitreppe emporschritt. Sie führte sie in ihr Voudoir, dessen einziges, breites Fenster weit geöffnet war und einen schönen Ausblick in den Park gestattete. Die Wände waren mit blaugrauer Seide bespannt, die für die sparsam angebrachten Bilder in schmaler Goldleiste einen fein abgestimmten Hintergrund bildete. Kostbare Ebenholzmöbel mit Perlmuttereinlagen hatte der Kommerzienrat für das Voudoir seiner Frau ausgesucht. Jedes Stück war ein kleines Kunstwerk.

Der Teetisch war schon hergerichtet. Auf glänzendem Damast mit Klappelsteinen standen die geklärten, echten alten Meißner Tassen und Kuchenschalen.

Thora sah sehr blaß aus. Ihre Augen waren dunkel umschattet, ein unnatürlicher, gequälter Zug störte das Ebenmaß ihrer Züge. „Er ist heute nicht da, stört uns also nicht. Darum hab' ich dich zu mir gebeten,“ sagte sie.

Die Berufsungsverhandlung in Magdeburg

(7. Verhandlungstag.) S Magdeburg, 17. März.

Die gestrige Nachmittagsitzung brachte die Vernehmung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun, des Zentrumsabgeordneten Sieberts und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Richter. Braun und Richter schilderten die Vorgänge, die zum Eintritt des sozialdemokratischen Parteivorstandes in die Streikleitung führten, in ähnlicher Weise, wie es die übrigen Zeugen getan haben. Abgeordneter Siebert erklärte, daß der Munitionsarbeiterstreik in 24 Stunden beigelegt gewesen wäre, wenn Wallraf damals die sozialdemokratische Abordnung empfangen hätte. Zwischen den Zeugen Wels und Dr. Henninger entspann sich im Laufe dieser Erörterungen ein lebhaftes und erregtes Wortgefecht, in das der Vorsitzende schließlich eingreifen mußte. In der heutigen Sitzung äußerten sich mehrere Zeugen über die

Auswirkung des Munitionsarbeiterstreiks

im Jahre 1918. Der Zeuge Freiherr v. Forstner, gegenwärtig Parteisekretär der Deutschen in Darmstadt, hat 1918 in Kiel den Eindruck gewonnen, daß durch den Munitionsstreik die Küstung der Flotte stark verzögert wurde. Gegen den Zeugen schwebt, wie vom Generalstaatsanwalt mitgeteilt wurde, beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Verleumdung des Reichspräsidenten. Der frühere Kapitän z. S. und jetzige Kaufmann Weersmann gibt gleichfalls eine Darstellung der Streikvorgänge in Kiel. Ihm hatten Arbeitervertreter erklärt, daß die Gewerkschaften die Bewegung verurteilten. Es wurden dann noch mehrere ehemalige „Krieler“ gehört, der Werstdirektor Henkel, der frühere Werstoberinspektor Richter u. a. und ein früherer Marineschloffer Wahl, der jetzt Sekretär des Pommerischen Landbundes ist. Sie alle sagten über die Haltung der Werftarbeiter in den Streiktagen aus. Wahl erklärte, daß auch Vertrauensmänner der S. B. D. Streikparolen ausgegeben hätten. Der Angeklagte Nothardt, der heute Geburtstag hat und von einer Dame mit einem riesigen Blumenstrauß bedacht worden ist, hat zu all diesen Erörterungen nichts zu bemerken.

Prozeß gegen die deutsche Tscheka.

(25. Verhandlungstag.) S Leipzig, 17. März.

Landgerichtsrat Bühner-Stuttgart, der heute als Zeuge vernommen wurde, soll bei der Vernehmung der in Stuttgart verhafteten Angeklagten rücksichtslos vorgegangen sein und sich über bestehende Vorschriften hinweggesetzt haben. Er bestreitet das entschieden, und es kommt infolgedessen wieder zu scharfen Erklärungen und Gegenerklärungen des Vorstehenden und der Verteidiger. Plötzlich erhebt sich der Angeklagte Hallupp und ruft in den Saal: „Hoch der Staatsgerichtshof! Himmel Donner weiter nochmal!“ Er wurde darauf sofort abgeführt und soll während der weiteren Vernehmung des Zeugen Bühner nicht mehr im Saale bleiben dürfen, wogegen wieder die Anwälte protestieren.

Die neuen Reichen.

Von einem Finanz- und Börsenfachmann.

Man hat in letzter Zeit im Anschluß an verschiedene Prozesse und andere aufsehenerregende Vorgänge — wobei man nur die Namen Barmat oder Kutiſker zu nennen braucht — viel von den „neuen Reichen“ gesprochen. In der Tat gibt es eine ganze Anzahl von Männern, welche im Laufe der verflochtenen Jahre riesige Vermögen erworben haben, vor allem durch Spekulation. Manche dieser in den Jahren der Inflation schnell erworbenen Vermögen sind zwar wieder ebenso schnell verschwunden und die große Mehrzahl der zusammengerafften Schätze hat sich nicht als dauerhaft erwiesen. Das Wort „wie gewonnen, so zerronnen“ kann vielmehr volle Anwendung auf sie finden.

In keinem Falle trifft das mehr zu als im Falle Barmat. Julius Barmat, der sein Geld vor allem durch Lebensmittelschäfte erworben hat und in Holland seine ersten Millionen verdiente, besaß in den Zeiten seines höchsten Glanzes ein Vermögen von etwa 50 Millionen Mark. Er erlitt jedoch riesige Verluste dadurch, daß er, der vom Aktienwesen und der Industrie nichts verstand, sich an industriellen Aktiengesellschaften beteiligte, für die er sehr bedeutende Summen bezahlte, die sich indessen nachher als mehr oder minder wertlos und vielfach sogar als Schwindelgründungen herausstellten. Inzwischen ist über verschiedene Unternehmungen seines Konzerns bereits der Konkurs verhängt worden, und Julius Barmat, der vor kurzem noch als Herrscher über viele Millionen galt, ist heute kaum noch als wohlhabender Mann anzusehen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Falle Kutiſker. Der nunmehr schon seit mehr als einem Vierteljahr in Haft befindliche Nwan Kutiſker hat sein Geld eben-

falls zum erheblichen Teil durch Lebensmittelschäfte erworben, später auch durch Geldausleihung großen Stills zu enormen Zinsfüßen. Kutiſker galt im Jahre 1923 für einen der reichsten Leute Berlins, wenn man seine Geschäfte auch stets mit einem gewissen Mißtrauen betrachtete, und die alten und angesehenen kaufmännischen Kreise sich von ihm fernhielten. Auch er erlitt indessen riesige Verluste durch Beteiligung an industriellen Unternehmungen, von denen er nichts verstand und welche immer größere Zuschüsse erforderten. Seine sämtlichen Unternehmungen, auch die in seinem Besitz befindliche Bank v. v. n. S. e. i. n. u. C. o., sind inzwischen in Konkurs geraten, und von den vielen Millionen Kutiſkers ist heute nichts mehr übrig.

Weit glücklicher in seinen geschäftlichen Operationen ist Jakob Michael, den man bisher vielfach als den „reichsten Mann Deutschlands“ zu bezeichnen pflegte. Michael, der nur wenig über 30 Jahre alt ist, hat sein Vermögen in erstaunlich schneller Zeit erworben. Er begann seine Laufbahn als bescheidener Angestellter einer alten und angesehenen Frankfurter Metallfirma. Sehr schnell machte er sich selbständig und gründete eine eigene Metallfirma, welche durch glückliche Spekulationen viel verdiente. Später erwarb er mehrere chemische Fabriken, welche ihm gleichfalls große Gewinne brachten. Alsdann gründete er eine Bank und begann Geld- und Börsengeschäfte zu machen. Diese brachten ihm riesenhafte Gewinne, da er Ende 1923 große Kredite bei der Preussischen Staatsbank erhalten hatte und dieses Geld, als später eine allgemeine Geldknappheit herrschte, zu sehr hohen Zinsen auslieh, während er selbst nur bescheidene Zinsen bezahlen mußte. Auf diese Weise gelang es ihm, ein Vermögen von ungefähr 150 Millionen Mark zusammenzubringen. Michael besitzt heute außer seinen industriellen Beteiligungen u. a. auch mehr als 200 Häuser in Berlin, die er zu der Zeit erwarb, als der Hausbesitz sehr billig zu haben war. Michael hat sich im Dezember in die Schweiz begeben und ist von dieser Reise bisher nicht zurückgekehrt. Seine Geschäfte gehen jedoch unabhängig davon weiter und seine verschiedenen Bevollmächtigten leiten in seiner Abwesenheit den gesamten großen Konzern, der sich aus Dutzenden von Einzelunternehmungen zusammensetzt.

Die Bezeichnung als „reichster Mann Deutschlands“ hat Michael allerdings in Wirklichkeit niemals verdient. Weit reicher als er war vielmehr der verstorbene Hugo Stinnes, der bei seinem Tode etwa eine Milliarde Mark hinterließ, die seine Frau und seine Söhne geerbt haben. Stinnes war schon vor dem Kriege ein sehr reicher Mann, Besitzer von Kohlenbergwerken und Eisenhütten. Er hat indessen in den Inflationsjahren seinen Besitz riesig vermehrt, indem er die verschiedensten Unternehmungen zusammenkaufte und zu einem einzigen großen Konzern zusammenschmolz. Der gewaltige Besitz, den er bei seinem Tode hinterlassen, und der hauptsächlich in industriellen Unternehmungen angelegt ist, besteht auch heute noch in unverminderter Höhe. E. N.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 19. März 1925.

□ Wann ist ein Eisenbahnplatz belegt? Wiederholt gibt es unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden im Eisenbahnabteil wegen der Belegung von Plätzen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß durch Hinzulegen einer Zeitung oder eines Buches sowie durch Niederlegen des Handgepäcks im Gepädnag ein Anspruch auf den darunter befindlichen Platz nicht erworben wird. Als belegt gilt der Platz nur, wenn Handgepäck, Kleidungsstücke usw. auf den betreffenden Sitzplatz niedergelegt sind. Eine Ausnahme davon besteht selbstverständlich für solche Züge, in denen durch Lösung von Platzkarten Sitzplätze belegt werden können. Neuerdings ist auch in der vierten Wagenklasse die Belegung von Plätzen gestattet. Dabei ist in gleicher Weise zu verfahren wie in den übrigen Wagenklassen. Kinder, für die eine Kinderfahrkarte zum halben Preise gelöst ist, haben Anspruch auf einen Sitzplatz. Kinder, für die eine Beförderungsgebühr noch nicht erhoben ist, müssen dagegen bei Platzmangel auf den Schoß genommen werden.

Einstellung der Sonntagsbriefbestellung?

Wie veranlaßt, soll sich heute der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost mit der Frage der Einstellung der Sonntagsbrief- und Zeitungsbestellung befassen. Für den Fall der Annahme des Vorschlages durch den Arbeitsausschuß wird das Plenum des Verwaltungsrates am 24. März dazu Stellung

dennoch gemußt, wenn die Ehre unserer Familie in seinen Händen lag! — Und die liegt jetzt noch in Händen von zwei anderen —

„Um Gottes willen, sei barmherzig, Thora, und sprich! Verschweige mir nichts!“

„Es sind zwei Ehrenmänner, Große, wir haben nichts zu fürchten: Thiel und Wibra. Papa hat falsch gespielt, daher auch das Duell.“

„Mein Gott, mein Gott!“ stöhnte Gisela und legte den Kopf auf den Tisch. „Karlernt!“ wimmerte sie, brennend nagte die Scham in ihr.

„Ja, unser Vater hat gut für seine Töchter gesorgt!“ sagte Thora voll kalten Hohnes. „Gut, daß die Jüngste selbst ihr Geheiß in die Hand genommen hat! Aber wir beide — du besonders, du Gute — was ist mit uns? Und wenn Karlernt v. Wibra Viviane Stord trotz ihres überlegenen Schrittes nicht geheiratet hätte, hättest du dennoch nie seine Frau werden können. Die Schuld unseres Vaters stand trennend zwischen euch! Hofmann hatte Papa längst dabei ertappt, daß er falsch spielte, hat aber nichts dazu gesagt. Aber Papa hat einen Schein unterschreiben müssen, auf dem er sein Vergehen eingestand! Ich habe ihn gelesen, denn Hofmann hat mich immer damit gedemütigt, wenn es ihm geeignet erschien.“

„Thora, es ist furchtbar für mich —“

„Noch lange nicht so furchtbar wie das, was ich ertragen muß!“ unterbrach Thora die Schwester. „Du tannst ja nicht ermessen, was es heißt, eine verhaßte Gemeinschaft mit einem ungeliebten Menschen ertragen zu müssen!“

„Thora, ich hatte dich gewarnt!“

„Wäre ich nur damals deinen Worten gefolgt! Aber mich lochte es hinaus ins Leben, aus dem verlogenen, überlachten Glanz unseres Daseins heraus! Ich paßte nicht in ärmliche, kleinliche Verhältnisse, aber daß der Schatten, in dem ich jetzt leben muß, noch größer und tiefer ist — das hab' ich nicht gahnt. Mich friert's bis ins innerste Mark. Du ahnst ja meine Leiden nicht. Die Dienstboten müssen mich als heimliche Spione beaufsichtigen — und gemißhandelt hat er mich auch schon —“

Fortsetzung folgt

Die Deutsch-Hannoveraner für Dr. Held.

Hannover, 17. März. Das Direktorium der Deutsch-hannoverschen Partei teilt mit: Nachdem in letzter Stunde noch ein föderalistischer Kandidat in der Person des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held aufgestellt ist, fordern wir alle unsere Parteifreunde auf, am 29. März ihre Stimmen geschlossen zu vereinigen. Unsere Parole lautet: Jede deutsch-hannoversche Stimme für Held.

Keine Ebert-Straße in Hagen.

Hagen, 17. März. Ein Antrag der Hagener Sozialdemokratie, eine Verkehrsstraße über einen Platz nach dem Namen des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu benennen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller im Stadtparlament abgelehnt.

Betriebsstilllegung bei Thyssen.

Mülheim a. d. Ruhr, 17. März. Die Firma Thyssen hat die Stilllegung ihres alten Siemens-Martin-Stahlwerkes mit fünf Öfen infolge Unrentabilität durchgeföhrt. Von der Belegschaft wurde ein Drittel in anderen Betrieben untergebracht. Der Rest wurde der Erwerbslosenfürsorge überwiesen.

Wiederaufnahme der deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 17. März. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind heute wieder aufgenommen worden. In der Sitzung sind vor allem die Verhandlungspunkte für die nächste Zeit festgesetzt worden.

Drohender Umsturz in Portugal.

Lissabon, 17. März. Angesichts der unruhigen Lage in Portugal hat die portugiesische Regierung umfangreiche Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Die Zeitungen berichten, daß die politische Lage außerordentlich ernst sei. Jeden Augenblick könnte die Revolution ausbrechen. Täglich finden Verhaftungen von Feinden der Regierung statt. Patrouillen der Stadtpolizei und Truppen wurden an den wichtigsten Verkehrspunkten der Stadt verteilt.

Großfeuer in Portugal.

Lissabon, 17. März. Durch eine Feuersbrunst in Fuera Duro in der Nähe von Oporto sind 300 Häuser, zumeist Wohnungen von Fischerleuten, niedergebrannt. Mehrere hundert Personen sind obdachlos.

Bermischtes.

Volkszählungen in früherer Zeit. Statistische Erhebungen, die, wie die in Aussicht genommene Volkszählung in Deutschland, die Ermittlung des Standes der Bevölkerung und die Feststellung der Betriebe und Berufe zum Gegenstand haben, reichen — wenn auch nicht in solchem Umfange — weit in das Altertum zurück. Namentlich haben die Chinesen, Juden und Ägypter Volksaufnahmen, die an unsere heutigen Volkszählungen erinnern, veranlaßt. Wer das Alte Testament kennt, weiß, daß das vierte der fünf Bücher Mose mit einer Volkszählung beginnt; es führte daher in der griechisch-alexandrinischen Bezeichnung der Thora den Namen „Arithmoi“, Zählung, und heißt in der lateinischen Bibelübersetzung „Numeri“, was gleichfalls Zählung bedeutet. In Rom ordnete der Kaiser Augustus eine förmliche allgemeine Volkszählung an, doch scheint sie nicht vollständig durchgeführt worden zu sein. Dem Mittelalter waren allgemeine, über ein größeres Gebiet sich erstreckende Volkszählungen unbekannt. Wohl aber haben damals einige Städte, wie z. B. Nürnberg und Straßburg i. G., erfolgreiche Versuche zur Feststellung ihrer Einwohnerzahl gemacht. Die erste eigentliche allgemeine Volkszählung fand nicht vor dem 18. Jahrhundert statt. Preußen und Hessen unter den deutschen Staaten, ferner Schweden und England legten auf Volkszählungen verhältnismäßig früh Wert. Im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts führte Preußen regelmäßige dreijährige Wiederholungen der Zählungen ein.

Eine kurze und bündige Erklärung. Vor einem Magistratsgericht in Portville hatte sich ein Bettler zu verantworten, der auf alle Fragen immer nur die eine Erklärung abgab, er wüßte nicht zu arbeiten. Da diese Erklärung unter den Gerichtsbeisitzern einige Verwunderung hervorrief, nahm der Bettler an, man hätte ihn nicht richtig verstanden und er wiederholte seine Erklärung noch in sieben anderen Sprachen, und zwar in deutsch, serbisch, ungarisch, kroatisch, italienisch, ruthenisch und russisch. Der Feind der Arbeit selbst war ein geborener Serbe.

Im Ruderboot nach Amerika. Einer der bekanntesten dänischen Sportsleute, Leutnant Pleß-Schmidt, ist auf die abenteuerliche Idee gekommen, allein in einem Ruderboot nach Amerika zu reisen, um hierdurch die Mittel für eine Riesenschwimmhalle in Kopenhagen zu schaffen, für die er bereits im Sommer des vorigen Jahres durch einen Sportfilm rund 50 000 Kronen zusammengebracht hat. Sein Ruderboot soll mit Radio ausgerüstet werden und im übrigen so eingerichtet werden, daß er auch „an Bord“ schlafen kann. Spätestens im Mai nächsten Jahres soll die abenteuerliche Fahrt beginnen und Ende Oktober oder Anfang November hofft Pleß-Schmidt am Ziele zu sein. Den von den amerikanischen Zeitungen zu zahlenden Betrag will er ungekürzt für die von ihm propagierte Riesenschwimmhalle zur Verfügung stellen.

Salpeter, das kostbare Gut der Wüste. Chile hat weite wasserreiche, fruchtbare Landstrecken. Das kostbarste Stück Land ist jedoch eine Wüste, in der es im Jahr kaum einmal Regen gibt. Weder Bäume noch Gras wachsen dort. Es ist das Salpeterland, in dem 50 000 gezählte Arbeiter, in Wirklichkeit wohl fünfmal so viel beschäftigt sind. Über 170 Salpeterwerke existieren, jedes der Mittelpunkt einer fleißigen Bevölkerung. Trotzdem muß jedes Nahrungsmittel, alle Kleidung, die Geräte und das Wasser von weit hergebracht werden, denn im Umkreis vieler Meilen gibt der Boden nur Salpeter her. Es ist sehr merkwürdig, daß der kostbare Dünger aus dem völlig unfruchtbaren Land kommt. In früherer Zeit war Wasser dort so kostbar, daß es billiger war, Sekt zu trinken. Jetzt wird Wasser von weitentlegenen Quellen hingeleitet, von denen manche 200 englische Meilen entfernt sind.

Arbeiter und Angestellte.

Kassel. (Konflikt in der Metallindustrie.) In der hiesigen Metallindustrie ist es zu einem Konflikt gekommen. Nachdem der Schlichter für die Provinz Hessen-Nassau den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hatte und dieser von den Arbeitern mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, sind vorläufig schätzungsweise 5000 Arbeiter der Metallindustrie entlassen worden. Im Laufe der Woche werden hierzu weitere 1500 Arbeiter treten.

Saarbrücken. (Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände.) Die Bergarbeiterverbände haben eine neue Lohnangebots an die französische Bergverwaltung gerichtet mit der Begründung, daß infolge der Zollabschnürung sich die Lebenshaltung ständig verteuere und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Löhne erforderlich sei.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein polnischer Spion. Der I. Straßsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verhandelte in vierstündiger Sitzung gegen den 24jährigen Josef Schrubbe aus Krosow bei Beuthen in Oberschlesien wegen Spionage und Beamtenbestechung. Der Angeklagte war am 16. April 1924 im Auftrage des polnischen Spionagerbureaus nach Glogau gefahren, wo er sich an einen dortigen Soldaten herannahm, dem er viel Geld versprach, wenn er ihm Geheimnisse über die dortige Garnison und andere Schriftstücke beschaffen würde. Er fragte ihn auch über die Glogauer Militärverhältnisse aus und machte sich verschiedene Notizen. Der Soldat ging scheinbar auf alles ein, veranlaßte aber bald darauf die Verhaftung des Spions. Hierauf bot Schrubbe dem Soldaten Geld an, wenn er ihn wieder laufen lassen würde. Der Straßsenat verurteilte den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe.

Prozeß gegen obereschlesische Kommunisten. In Leipzig begann vor dem 4. Straßsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen mehrere obereschlesische Kommunisten. Es haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Waffendiebstahl und unbefugten Waffenbesitzes der Geschäftsführer Karl Dehr und sieben Genossen aus Gleiwitz zu verantworten. Im Juli 1924 haben die Angeklagten, angeblich, um die polnische Injurientenfahr abzuwenden, im Bezirk Gleiwitz militärische Hundertschaften gebildet und mit Waffen ausgerüstet. Die Verhandlungen werden 4 bis 5 Tage dauern, es sind über 40 Zeugen geladen.

Der Rathaussturm in Neustadt a. d. S. Nach viertägiger Verhandlung verurteilte das Gericht in Neustadt a. d. S. 51 Angeklagte, die während der Kämpfe mit den Separatisten an einem Sturm auf das Rathaus teilgenommen haben, wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnis von 1½ Jahren bis 6 Monaten.

Bestrafte Blünderer. Im Birmaesener Blünderungsprozeß wurde nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil verurteilt. Von den 53 Angeklagten wurden acht freigesprochen, während die übrigen Gefängnisstrafen von 2½ Jahren bis 6 Monaten erhielten. Eine Reihe von Angeklagten erhielten teilweise recht lange Bewährungsstrafen.

Börse und Handel.

Täglich Berliner Notierungen vom 17. März.

* Börsenbericht. Auf der ganzen Linie machte sich eine erneute Abschwächung bemerkbar, die auch durch gelegentliche Schwankungen und vorübergehende Aufbesserungen nicht behoben werden konnte. Besonders verstimmt wirkte namentlich der Preissturz am Produktmarkt, auch die Abschwächung im Rohstoffmarkt. Am Markt der inländischen Anleihen herrschte ebenfalls Abgelenkung vor, namentlich in Kriegsanleihe kam zahlreiches Material heraus. Der Geldmarkt war weiter flüssig, tägliches Geld fließte sich auf 7—10 %, monatliches Geld auf 10—12 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21, engl. Pfund 20,07—20,12; holl. Gulden 167,74—168,16; Danz. 79,62 bis 79,82; franz. Frank 21,64—21,70; belg. 21,23—21,29; schweiz. 80,88—81,08; Italien 17,16—17,20; schwed. Krone 113,06—113,34; dän. 75,30—75,50; norweg. 64,87 bis 65,03; tschech. 12,45—12,49.

* Kartoffelnotierung je 50 Kilogramm, Erzeugerpreise ab Markt, Volkshausstationen. Speisefertig: weiße 2,10, rote 2,30, gelbfleischige 3 M.

* Butternotierung. Die Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war für 1. Qualität 2,04 M., für 2. Qualität 1,90 M., für abfallende Qualität 1,60 M. für 1 Pfund.

* Getreideausfuhrverbot aus Rumänien. Wegen der immer schwierigeren Versorgung des Landes mit Brot hat der rumänische Ministerrat die Ausfuhr von Getreide außer Weizen verboten.

* Produktbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	17. 3.	16. 3.		17. 3.	16. 3.
Weiz., märk.	251-255	252-256	Weizfl. f. Brl.	14	14
pommerscher	—	—	Hoall. f. Brl.	14-14,1	14-14,3
Hoag., märk.	232-234	233-236	Raps	390	390-395
pommerscher	—	—	Leinöl	—	—
weisprenß.	—	—	Vitor.-Erbf.	24-29	25-30
Futtergerste	205-223	210-223	fl. Speiseerb.	19-21	20-22
Braugerste	225-243	235-255	Futtererbfe	18-19	19-20
Hafer, märk.	182-187	185-190	Veisfuchen	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	18,5-19,5	19-20
weisprenß.	—	—	Biden	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,0-13,5	12,2-13,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14-15,5	14,5-16,0
Wn. br. inf.	—	—	Seraballa	14-16	14,2-16,5
Sad (feinst)	—	—	Rapsfuchen	16,5-16,7	16,5-16,8
Mil. f. Rot.	32,5-35,2	33-35,7	Veisfuchen	22	22,0-22,5
Woggenmehl	—	—	Trodenschyl.	9,4-9,6	9,5-9,7
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Judschn.	—	—
Berlin br.	—	—	Torjml. 30/70	9	9,2
intl. Sad	31,7-34,2	32,2-34,7	Kartoffelfl.	18,8-19,1	19-19,3

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halber i. Westf.

Statt Karten.

Hugo Klauke
Mariechen Klauke
geb. Goebele
Vermählte.

Halver, den 19. März 1925.

Umt Kierspe.

Die Listen der Wahlberechtigten der Gemeinde Kierspe für die Wahl des Reichspräsidenten liegen vom 20. 3. bis einschl. 23. 3. 1925 während der Dienststunden auf Zimmer 4 des Amtshauses zu jedermanns Einsicht offen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Unterzeichneten oder auf Zimmer 4 des Amtshauses schriftlich angebracht oder zur Niederschrift gegeben werden.

Kierspe, den 16. März 1925.

Der Gemeindevorsteher
Lange.

Umt Lüdenscheld.

Die Wahlkarteien

für die am 29. März 1925 stattfindende Reichspräsidentenwahl liegen bis einschl. 23. März 1925 für die Gemeinde Lüdenscheld-Land im Amtshaus Zimmer Nr. 2 (Wahlamt) und für die Gemeinde Hülsheld im Amtshaus Clagebach an den Wochentagen während der Dienststunden, vormittags von 8—12,30 Uhr und nachmittags von 2,30—6,30 Uhr, am Sonntag von 10—12 Uhr vormittags zu jedermanns Einsicht aus. Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dieselbe bis zum Ablauf der Auslegungsfrist mündlich oder schriftlich bei den unterzeichneten Gemeindevorständen unter Beibringung der Beweismittel anzeigen.

Lüdenscheld, den 18. März 1925.

Die Gemeindevorstände von Lüdenscheld-Land u. Hülsheld.

Eichhoff
Gemeindevorsteher.

Heusinkfeld
Gemeindevorsteher.

Versand von Erstlingsaussteuern!

Aussteuer für 10 Mk.

- postfrei unter Nachnahme.
- 4 Erstlingsjackchen
- 4 Erstlingshemdchen
- 4 Mullwindeln
- 1 Außenwindel
- 1 Wickelband
- 1 Paar Armbindchen

Sämtliche Artikel in anerkannt guten, soliden Qualitäten. Der Versand erfolgt per Nachnahme, portofrei! Bestellen Sie sofort mit Postkarte! Ferner führe als sehr preiswert: Taufkleidchen von 4 Mk. an, Gummiantelagen von 3,60 Mk. an, Seld, gestrickte Jackchen v. 1,50 an, Nessel f. Windeltücher 49 u. 60 & Hemdentuch m 65, 75, 90 &

Kauf- u. Versandhaus J. B. Strodel, Lüdenscheld 507.

Aussteuer für 20 Mk.

- postfrei unter Nachnahme.
- 6 feine Erstlingsjacken
- 6 feine Erstlingshemdchen
- 6 Mullwindeln
- 1 Aussewindel
- 1 Wickelband
- 1 Paar Armbindchen
- 3 Nabelbinden

Bekanntmachung.

Der Plan über die Herstellung einer unterirdischen Telegraphenlinie in der Provinzialstraße von Rönshahl nach Dhl liegt beim Postamt in Rönshahl von heute ab vier Wochen aus.

Telegraphenbauamt
Hagen i. W.

Am Freitag, den 20. d. M. erhalte ich hochtragende und frischmelke

Rühe

und am Samstag, den 21. er erhalte ich einen großen Transport prima

Oldenb. Ferkel und Läuferchweine.

Carl Schmale
Halver
Fernruf 23

Bistenharten liefert schnellstens

Druckerei Wilt. Bell jr.

Tapeten!

vom einfachsten bis zum feinsten Muster in denkbar größter Auswahl.

Außerdem empfehle:

Ia doppelt gekochtes Leinöl, sämtliche Farben.

Kalkspritzfarben in allen Tönen.

Lacke aller Art.

Bernstein-Fußbodenlackfarbe

über Nacht glashart trocknend.

streichfert. Ölfarben

Kreide, Gips, Kitt, Leim,

Siccativ, Terpentin, Bronze,

Ofenrohrlack in Dosen.

Pinsel i. allen Größen

Weißquaste, Deckenbürsten in

Ia Qualität.

Schablonen.

Carl Baukloh,

Kierspe-Bahnhof.

Inferieren bringt Gewinn!

Wir suchen für unsere Wein- und Feinkostgroßhandlung einen gut empfohlenen Herrn mit genügenden Fachkenntnissen als

Vertreter

für das Volme- u. Ennepegebiet. Ja den in Frage kommenden Kreisen gut eingeführte Herren belieben ausführliche Angebote unter B. 150 an die Expedition des Allgem. Anzeigers Halber.

Erhalte noch einige

Waggon Lanker

Runkelrüben

Zentner 1,35 Mk. frei

Schwenke, und nehme

noch Bestellungen entgegen

Franz Beul,

Hohenbächen

Post Kreuzberg.

Stelle noch einige

Montiererinnen

u. jug. Montierer

ein.

Wilt. Engel,

elektr. Fabrik,

Schalksmühle.

Mehrere

Frauen od

Mädchen

für leichte lohnende Arbeit

gesucht.

Dresbach & Cie.,

Halver i. W.

Freitag nachmittag den

20. März erhalte ich

Rühe

Hugo Kierspe, Halver

Fernsprecher 52.

Wir können noch eine

größere Anzahl

Arbeiterinnen

(mindestens 15)

für leichte, dauernde,

hochbezahlte Beschäfti-

gung einstellen.

Metallwarenfabrik

P. W. Saurand,

Halver.

Für kleinen Privat-

haushalt wird für sofort

ein

Morgenmädchen

gesucht.

Wo, sagt die Geschf. d.

Allg. Anzeigers Halver.

Wegen Verheiratung

des gegenwärtigen wird

für sofort ein gutes

Mädchen

nach Lüdenscheld

g e s u c h t.

Meldungen an

Haus zur Fuhr, Halver.

Ein kinderliebes ev.

Mädchen

fürs Haus gesucht

Frau Marg Kettling,

Schalksmühle i. W.

Turn-Verein
Deddinghausen
1888.

Am Samstag, den
21. März, abends 8
Uhr findet im Vereins-
lokal

Berammlung

statt. Tagesordnung wird
in der Berammlung be-
kannt gegeben.

Um zahlreiches und
pünktliches Erscheinen
bittet

der Vorstand.

Bereinigung

ehem. 88er.

Sonntag, d. 22. März

nachm 5 Uhr

findet im Vereinslokal

die diesjährige

Haupt-

Berammlung

statt.

Der Vorstand.

Hautjucken, Krätze,

Flechten, alle Hautleiden

auch Pikel und Mit-

esser, Jucken verschwindet

sofort Einfaches Mittel.

Auskunft gegen Rück-

porto gerne umsonst.

Walter R. Althaus

Heiligenstadt

(Eichsfeld) S. 45.

Konfirmations-

Geschenke

empfiehlt

Wilt. Bell jr.